

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag.a Nina Abrahamczik (SPÖ), Mag. Stephan Auer-Stüger (SPÖ), Mag. Stefanie Vasold (SPÖ), Mag. Josef Taucher (SPÖ), Thomas Weber (NEOS), Mag. Dolores Bakos, BA (NEOS) und Mag. (FH) Jörg Konrad (NEOS) zur Mitteilung in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 20.06.2023.

Betreffend „Die Wiener Demokratie im Wandel“

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Antwort auf die vielen Herausforderungen, mit denen Städte konfrontiert sind, mehr Demokratie ist. Die Einbindung aller Menschen unserer Stadt ist eine wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der politischen Stabilität und für die Förderung des Zusammenlebens.

Politische Teilhabe ist für ein demokratisches politisches System von essenzieller Bedeutung. Demokratiefördernde Maßnahmen und vielfältige Partizipationsaktivitäten in den unterschiedlichsten Bereichen wie z.B: Kinder- und Jugendbeteiligung, Klimaschutz oder Stadtentwicklung zeugen von Wiens Engagement, den Zusammenhalt mit der Zivilgesellschaft und den Bürger*innen zu fördern und den Demokratieausbau aktiv voranzutreiben. Wir sind überzeugt, dass der Ausbau zur Zukunft der städtischen Demokratie und Einbindung von Bürger*innen co-kreativ, partizipativ, deliberativ und ermächtigend erfolgen muss.

Beginnend mit der Enquete „Wiener Demokratie im Wandel?!“ am 5. Juni 2023 wollen wir in den nächsten Jahren diesen Ausbau der städtischen Demokratie weiter vorantreiben.

Die vielen Empfehlungen aus der Enquete sollen uns hier eine wichtige Richtschnur sein.

Dazu gehören die Absicherung bestehender sowie der Aufbau weiterer Beteiligungsprozesse, um Zielgruppen und unterschiedliche Communities zu erreichen, sowie um qualitätsvolle Ergebnisse zu erarbeiten. Eine gesetzliche Grundlage für komplementäre Formen der politischen Teilhabe soll geprüft und die Konzeption einer zentralen Anlauf-, Koordinierungs- und Vernetzungsstelle der Stadt Wien für Demokratie und Beteiligung erarbeitet werden. Damit soll die Grundlage für eine weitere Institutionalisierung, Verstetigung und ggf. auch Standardisierung von (Pilot-)projekten und innovativen Beteiligungsprozessen gelegt werden.

Mit Expert*innen und Bürger*innen wollen wir uns auch weiterhin regelmäßig den Fragen widmen, wie Beteiligung in Wien inklusiver, leichter zugänglich und vielfältiger gestaltet werden kann.

Mit der Etablierung eines Partizipations-Hubs, dem Forum Partizipation neu, der

Entwicklung eines partizipativen Klimabudgets – dem „Wiener Klimateam“ und der Etablierung einer neuen Onlineplattform für Beteiligung sind bereits im Koalitionsübereinkommen einige Projekte als Vorhaben zum Ausbau der Beteiligung in Wien festgehalten. Mit der Etablierung des wienweiten Kinder- und Jugendparlaments und der Kinder- und Jugendmillion wird auch einen besonderen Fokus auf die Beteiligung der nächsten Generation gelegt.

Die inhaltlichen Schwerpunkte und Empfehlungen aus der Enquete sollen uns hierfür als gute Grundlage in der Umsetzung dienen.

Diesen Prinzipien und Aktivitäten wie auch den weiteren Projektvorhaben zur Demokratiestärkung und der Weiterentwicklung von Beteiligungsformaten wollen wir mehr nationale wie internationale Strahlkraft verleihen, um eine noch größere Öffentlichkeit zu mobilisieren und Wien international zu positionieren.

Daher bewirbt sich die Stadt Wien als Europäische Demokratiehauptstadt und nimmt hierfür an der zweiten Ausschreibung von European Capital of Democracy (ECoD) teil. Mit dieser Bewerbung wollen wir als Stadt das demokratiefördernde Engagement in Form von konkreten strategischen Initiativen und aktivierenden Maßnahmen unter Beweis stellen.

Durch die Bewerbung als European Capital of Democracy wird Wien außerdem Mitglied des internationalen ECoD-Netzwerks und profitiert von dem Erfahrungsaustausch über die Stadtgrenzen hinweg und der Zusammenarbeit mit dem Netzwerk.

Die gefertigten Gemeinderät*innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions) Antrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Stadt Wien die Empfehlungen aus der Enquete „Wiener Demokratie im Wandel!“ aufnimmt und als Grundlage für den weiteren Ausbau und die Weiterentwicklung städtischer Beteiligungs- und Demokratiestrukturen heranzieht. Die Bewerbung zum „European Capital of Democracy“ soll einen weiteren Schritt in Richtung Stärkung demokratischer Initiativen innerhalb Wiens und Stärkung internationaler Vernetzung darstellen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

Wien, 19.06.2023